

Von Bernd Kastner

Das Radio läuft, es ist ein israelischer Sender. Den höre er derzeit oft, sagt Stefan Wimmer, er wolle doch die Neuigkeiten schnell mitkriegen, direkt von dort, wo alles passiert. Er stellt das Radio aus und erzählt, dass er gerade in den Vorbereitungen gewesen sei, um eine Reisegruppe durch Israel und Palästina zu führen, er bietet das seit Jahren an. Da überfiel am 7. Oktober die Hamas Israel, und seither ist alles anders. „Ich bin wochenlang herumgelaufen, wie wenn mich einer niedergeschlagen hätte.“

Als Stefan Wimmer dem Treffen mit der SZ zustimmte, beschrieb er seine Position im Nahost-Konflikt so: „Ich sitze nicht zwischen den Stühlen, ich sitze auf zwei Stühlen“. Ein paar Tage später, am Ende eines langen Gesprächs, fragt er sich, welche Wirkung seine Analyse haben wird. Wird man auch ihm Antisemitismus vorhalten? Aber schweigen, aus Sorge, missverstanden zu werden?

Auch wenn er emotional aufgewühlt ist, formuliert er leise und ruhig seine Analysen und Appelle. Ein „Entweder – Oder“ habe sich in München etabliert: Entweder bist du für Israel – oder für Palästina. Wimmer dagegen plädiert für das „Und“: Für das Existenzrecht Israels eintreten und für die Rechte der Palästinenser. Er wünscht sich, dass mit dem Vorwurf des Antisemitismus sorgfältiger umgegangen, dass er nicht als politisches Werkzeug missbraucht werde. Und er will den Kontext des Hamas-Terrors nicht ausblenden: „Warum ist so etwas verbrochen worden? Wenn ich versuche, das zu verstehen, dann heißt es nicht, dass ich um Verständnis werbe.“

Er wirkt, als bedrücke ihn alles doppelt, weil er eben auf zwei Stühlen sitzt. Auf dem Stuhl Israel und auf dem Stuhl Palästina. Stefan Wimmer, 60, ist mit beiden Welten im „Heiligen Land“ verbunden. Israelisch sozialisiert sei er, habe acht Jahre lang in Jerusalem studiert. Auch die Welt der Palästinenser und Muslime kennt er gut, war mit einer Palästinenserin verheiratet, seine zweite Frau ist auch Muslima, sie hat bosnische Wurzeln. Wimmer arbeitet als außerplanmäßiger Professor am LMU-Institut für Ägyptologie und Koptologie, an der Staatsbibliothek ist er Fachreferent für Hebraica. Ehrenamtlich engagiert er sich im Münchner Forum für Islam (MFI), der liberalen Innenstadt-Gemeinde mit Imam Benjamin Idriz an der Spitze. Und er leitet den Verein „Freunde Abrahams“, der sich dem Miteinander von Christentum, Islam, Judentum verschrieben hat. Deshalb hat die Erzdiözese den Katholiken Wimmer in den Münchner Rat der Religionen entsandt.

Stefan Wimmer hat den Schweigemarsch initiiert

Verstehen und vermitteln will Stefan Wimmer. Er weiß, dass er damit aneckt in dieser Zeit. Er spricht von einer „Konflikt-DNA“. Jede Seite behauptet: „Wir sind die Guten.“ Was automatisch bedeute: Die anderen sind die Bösen. Stefan Wimmer hat einen Schweigemarsch initiiert, keine Reden, keine Transparente. 550 Menschen liefen vergangenen Sonntag mit Kerzen von der Feldhermhalle zum Friedensengel. Wimmer will nicht akzeptieren, dass viele Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft sich mit Israel solidarisierten, ohne die Seite der Palästinenser anzusprechen.



Wirbt für gegenseitiges Zuhören: Stefan Wimmer, der den Schweigemarsch organisiert hat.

FOTO: ALESSANDRA SCHELLNEGGER

„Ich sitze auf zwei Stühlen“

Stefan Wimmer ist Orientalist und Mitglied im Rat der Religionen. Dass sich auch in München ein Entweder-Oder etabliert habe, entweder für Israel oder für Palästina, beunruhigt ihn.

Er will nicht hinnehmen, dass Münchner Palästinenser ihre Toten durch israelische Bomben auf Gaza beklagten, ohne den Terror der Hamas zu verurteilen. Und nicht akzeptieren, dass undifferenziert mit dem Vorwurf des Antisemitismus gearbeitet werde.

Wimmer zählt Geschehnisse in München auf, die ihn umtreiben. Kurz nach dem Terrorüberfall kündigte Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bei einer Solidaritätskundgebung für Israel an, dass die Stadt propalästinensische Demonstrationen verbieten werde. Sie ist damit vor Gericht gescheitert. Imam Idriz werde heftig kritisiert, erzählt Wimmer, weil er in einer Freitagspredigt von einem Land voller Leid gesprochen habe, „das die einen Palästina, die anderen Israel nennen“. Und er sagte: „Wir erleben schon viel zu lange, dass dort das Leid der einen verurteilt und zum Leid der anderen geschwiegen wird.“ Was an Idriz' Worten sei falsch, fragt Wimmer. Ein Friedensgebet aller Religionen, das Idriz auf dem Marienplatz veranstalten wollte, ist geplatzt. Zuvor hatte ein „linkes Bündnis“ den Vorwurf des Antisemitismus gegen den mitbeteiligten Muslimrat erhoben, nach und nach zogen jüdische Gemeinde, Oberbürgermeister und die christlichen Kirchen ihre Teilnahme-Zusage zurück. Die Folge ist dröhnendes Schweigen zwischen der muslimischen und der jüdischen Community.

Vergangenen Montag dann der jüngste Streit: Der israelische und jüdische Historiker Ilan Pappé war als Vortragender in einem Bürgerhaus angekündigt. Kurz zuvor kündigte der Trägerverein des Zentrums den Mietvertrag für den Saal, in Abstimmung mit dem Rathaus: Man befürchtete, dass Antisemitismus verbreitet werde.



Keine Plakate, keine Slogans: Am vergangenen Sonntag waren 550 Menschen auf dem Odeonsplatz für Frieden und gegen Gewalt eingetreten.

FOTO: JOHANNES SIMON

Das Amtsgericht kippte die Kündigung, Pappé trat auf. Hinter ihm hing an der Bühnenwand ein Plakat der Stadt: Man bedaure, dass man „gezwungen“ sei, die Veranstaltung stattfinden zu lassen. Bund und Freistaat sollten eine Grundlage schaffen, „damit Kommunen für antisemitische Akteure*innen und Äußerungen keine städtischen Räume mehr zur Verfügung stellen müssen“.

Wimmer hält diese Auseinandersetzung für symptomatisch: Im Bestreben sich mit Israel zu solidarisieren, schossen viele mit dem Vorwurf des Antisemitismus übers Ziel hinaus. So bestehe die Gefahr, dass sie ungeschwellig selbst ein antisemitisches Stereotyp bedienten, wonach angeblich die Juden im Hintergrund steu-

ten, wer öffentlich reden dürfe und wer nicht. Wie fatal, sagt Wimmer.

Im aktuellen Diskurs werde die Grenze zu eng gezogen, werde zu viel für antisemitisch und damit unsagbar erklärt. „Es krankt an der Definition von Antisemitismus.“ Seine ist diese: Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen jüdische Menschen, weil sie jüdisch sind. Sie ist der „Jerusalem Erklärung gegen Antisemitismus“ vorangestellt, erarbeitet von Dutzenden Antisemitismus-Wissenschaftlern. Wimmer ergänzt sie für sich so: Antisemitisch sei auch, „jüdische Menschen danach zu bewerten, dass sie jüdisch sind“. Und was heißt das nun konkret für die politische Debatte?

Persönlich sei er ein „glühender Verfechter“ des Staates Israel, sagt Wimmer. Zugleich finde er, dass Kritik aus palästinensischer Perspektive an Israel erlaubt sein müsse, so wie umgekehrt israelische Kritik an einem angestrebten palästinensischen Staat.

Die BDS-Bewegung, die zu Boykott und Sanktionen gegen Israel aufruft, lehne er selbst ab, halte sie aber nicht per se für antisemitisch. Der Bundestag hat BDS für antisemitisch erklärt, der Münchner Stadtrat beschloss 2017, in städtischen Räumen keine BDS-Veranstaltungen und auch keine Diskussionen über die Kampagne zuzulassen. 2022 hat das Bundesverwaltungsgericht dieses Verbot gekippt, weil es die Meinungsfreiheit zu sehr einschränke. OB Reiter kritisierte dies als „Rückschlag“ für die „demokratische Stadtgesellschaft“. Wimmer dagegen schließt sich wieder der „Jerusalem Erklärung“ an: Boykott und Sanktionen seien „gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten“. Natürlich sehe er, dass sich viele Antisemiten der Bewegung angeschlossen hätten, aber: „Wenn jemand Antisemit und BDS-Aktivist ist, dann regt mich vor allem auf, dass er Antisemit ist.“ Wimmer zitiert Shimon Stein, den ehemaligen israelischen Botschafter in Deutschland: „Wer ‚Antisemitismus‘ ruft, wo keiner ist, der schadet dem Kampf gegen Antisemitismus.“ Der Vorwurf des Antisemitismus, sagt Wimmer, sei so massiv, dass man sorgsam damit umgehen müsse, „weil man ihn sonst aushöhlt und entwertet“. Dann verliere er seine Kraft im wichtigen Kampf gegen tatsächliche Menschenfeinde.

Wimmer plädiert dafür, anzuerkennen, dass es zwei Seiten im Nahost-Konflikt gebe, die israelische und die palästinensi-

sche. Beide „Völker“ erhöhen Anspruch auf das Land, aus ihrer jeweiligen Perspektive zu Recht. „Wenn ich diese zwei Seiten ausblende, bin ich Teil des Problems.“

Er selbst habe die Hamas schon vor Jahrzehnten als Terrororganisation beschrieben und sich deshalb Ärger in der eigenen, palästinensischen Familie eingehandelt. Er trete für das Existenzrecht Israels ein und zugleich „für die legitimen Rechte der Palästinenser“. Dazu gehöre das Ansprechen von Unrecht. Wenn dies unterbunden werde, „dann geschieht Unrecht“. Wenn dies Ergebnis „unseres richtigen und wichtigen, besonderen Verantwortungsbewusstseins als Deutsche ist, dann nenne ich das die deutsche Verantwortungsfalle“.

Die Wahrnehmung andauernden Unrechts müsse man einbeziehen, wenn man über Palästinenser spreche oder gar urteile, sagt Wimmer. Und es gelte, den Kontext einzubeziehen.

Menschen, die Frieden wollten, gelte es zu stärken

Kontext. Das Stichwort ist zum Reizwort geworden. Viele wollten isoliert die Gräueltat des 7. Oktober betrachten und sähen in jedem politischen und historischen Kontext den Versuch, den Terror zu relativieren. „Nein“, sagt Wimmer, der Wissenschaftler. Der Kontext ist für ihn die gut 100-jährige Geschichte des Konflikts um Palästina und Israel. Recht und Unrecht gebe es auf beiden Seiten, Provokation und Eskalation trieben die Spirale der Gewalt an, Religionen würden „instrumentalisiert und missbraucht“, von der Hamas wie von den jüdischen Siedlern und der extremen Rechten in Israel.

Zum Kontext gehöre, anzuerkennen, sagt Wimmer, dass Jüdinnen und Juden angesichts des 7. Oktober tiefen Schmerz empfänden, weil sie der Terror triggere und an die Shoah erinnere. Und dass Deutschland eine besondere Verantwortung für den jüdischen Staat Israel habe. Daraus leitet er nicht die uneingeschränkte Solidarität mit der israelischen Regierung ab, sondern die Notwendigkeit, nicht alles hinzunehmen, was eine rechte bis rechtsextreme Regierung tue: „Die deutsche Verantwortung besteht darin, genau hinzuschauen.“

Der Konflikt verlaufe nicht zwischen Palästinensern und Israelis, weder im „Heiligen Land“ noch in München, sondern zwischen denen auf jeder Seite, die den Konflikt schürten, und jenen, die Frieden wollten. Letztere gelte es zu stärken: Menschen, die sich für beide Seiten einsetzen. In einem Aufsatz zum 75. Geburtstag Israels schreibt Wimmer: „Es wird keinen Frieden für Israel geben, ohne Freiheit für die Palästinenser, und es wird keine Freiheit für die Palästinenser geben, ohne Frieden für Israel.“

Und in München? „Wir müssen miteinander umgehen, und dafür muss man bereit sein, einander zuzuhören“, sagt Wimmer. „Es darf doch nicht sein, dass jüdische Menschen in München, in Deutschland wieder Angst haben! Und es darf nicht sein, dass Menschen den Eindruck haben, dass ihre Trauer weniger wahrgenommen wird und dass menschliches Leid nach unterschiedlichen Maßstäben bemessen wird.“

Am Freitag ein weiteres Telefonat mit Stefan Wimmer. Er fragt, ob man den Ton durchs Telefon höre, diesen Alarmton. Er habe eine App installiert. Sein Handy schlage an, wenn Raketen auf Israel fliegen.

Grid of concert posters for various events including 'Bach: Weihnachtsoratorium', 'Beethoven: Symphonie Nr. 9', 'Peter I. Tschaiakowsky: Der Nussknacker', 'Mitsuko Uchida', 'Elina Garanča', 'Sol Gabetta', 'Sir Andrés Schiff', 'Weihnachtliche Bach-Trompetengala', 'Die Italienische', 'Alexander Malofeev', 'Anastasia Kobekina', 'Olga Scheps', 'Das Winterfest der Wirtshausmusik', 'Die vier Jahreszeiten', 'Tenebrae Choir', 'Weihnachtsoratorium Ensemble Resonanz', 'Cameron Carpenter spielt Bach', and 'Christmas Swing'.